

Herrn
Mag. Norbert Fürst
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per E-Mail: norbert.fuerst@e-control.at

Kontakt
Dr. Tomas Müller/mme

DW
220

Unser Zeichen
27/2013

Ihr Zeichen

Datum
05.11.2013

Stellungnahme Gas-Systemnutzungsentgelte-VO 2013 – Novelle 2014 (GSNE-VO2013 – Novelle 2014)

Sehr geehrter Herr Mag. Fürst,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Verordnungsentwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Gaskraftwerke sind zur Aufrechterhaltung der Versorgungs- und Systemsicherheit ein wesentlicher Faktor und leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag an den Regelenenergiemärkten (z.B. Tertiärregelung) sowie in Situationen des Engpassmanagements. Da Gaskraftwerke (Gas-KWK, GuD) zukünftig aufgrund der auch weiterhin stetig ansteigenden volatilen Erzeugung wesentlich flexibler eingesetzt werden müssen, stellt die Gestaltung der Gas-Systemnutzungsentgelte ein wichtiges Instrument für deren Einsatz dar. Durch die fundamentalen Änderungen und Anforderungen am Strommarkt in Bezug auf Betriebsweise von thermischen Kraftwerken sind regulatorische Wettbewerbsnachteile im gemeinsamen Marktgebiet mit Deutschland jedenfalls abzubauen.

Durch die angedachte Tarifierung wird allerdings die aktuelle wirtschaftlich äußerst schwierige Situation von Gaskraftwerken weiter verschärft. Die hohen Brennstoffkosten bei zeitgleich niedrigen Strompreisen und den bestehenden Fernwärme Kundenpreisen machen es bereits jetzt unmöglich, selbst Gas-KWK-Anlagen wirtschaftlich zu betreiben. Somit kommt eine der effizientesten und kohlenstoffärmsten Technologien zur thermischen Elektrizitätserzeugung immer weniger zum Einsatz.

§ 73 Abs. 1 und Abs. 2 der Gas-Wirtschafts-Gesetz (GWG) Novelle 2013 (BGBl. I Nr. 174/2013) ermöglicht eine Flexibilisierung, um in der Gestaltung der Gas-Systemnutzungstarife Verordnung auf die geänderten Marktbedingungen von Kunden mit geringen Bedarfszeiten, wie dies die Gaskraftwerke aufgrund der Marktlage sind, Rücksicht zu nehmen.

Wir begrüßen die Berücksichtigung dieser Wahlmöglichkeit von täglichen Leistungspreisen, um somit für die in einem schwierigen Umfeld agierenden Gaskraftwerke mehr Einsatzflexibilität zu schaffen, damit diese auch in Monaten mit geringer Auslastung punktuell eingesetzt werden können. Die Gesamteffizienz des Systems kann dadurch nur erhöht werden.

Der vorliegende Entwurf der Gas-Systemnutzungsentgelte Verordnung 2013 Novelle 2014 konzidiert zwar erfreulicher Weise diese in § 73 vorgesehene flexiblere Gestaltung des leistungsbezogenen Anteils der Netznutzungsentgelte, jedoch wird dieser Absicht mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf nicht entsprechend Rechnung getragen.

Wesentliche Bedeutung kommt deshalb im Entwurf folgenden Punkten zu:

- **Hohe Steigerung der Leistungs- und Arbeitspreise** (um bis zu 39 % bei monatlicher Abrechnungsperiode).
- **Hohe tägliche Leistungspreise** (Verdreifachung gegenüber bisheriger Regelung; hohe Kostennachteile gegenüber Mitbewerbern in Deutschland - zusätzlich zu den bestehenden Nachteilen bei den Systemnutzungstarifen)
- **Flexible Wahlmöglichkeit** (Kraftwerkseinsatz entscheidet sich immer anhand der kurzfristigen Marktpreise, wesentliche Marktoptionen gehen dadurch zum Nachteil der Gesamteffizienz und zum wirtschaftlichen Nachteil aller Beteiligten verloren)
- **Anhebung des jährlichen Mindestleistungspreises** (weiterer Wettbewerbsnachteil)

Zu den einzelnen Gesetzesbestimmungen/Bestimmungen des Verordnungsentwurfs nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 2 Abs. 1 Z 9:

Nach dem letzten Satz des § 2 Abs. 1 Z 9 sollte folgender Satz ergänzt werden: „Die Verrechnung der Mindestleistung in der Höhe von 10 % erfolgt auch bei Inanspruchnahme des § 10 Abs. 6a.“

Die im Entwurf vorgesehenen überhöhten Leistungspreistarife im Falle der Option einer täglichen Verrechnung stellen in aus Kraftwerkssicht keine Option dar. Der Gesetzgeber beabsichtigt mit der Tagesleistungspreisoption eine Senkung der sprungfixen Kosten damit die Gaskraftwerke flexibler einsetzbar sind. Da auch die Mindestverrechnungsleistung eine wesentliche Kostenschwelle darstellt, soll deren Verrechnung bei Inanspruchnahme der

Tagesleistungsoption entweder ganz entfallen oder je nach Höhe des Leistungspreistarifes auf 10 % abgesenkt werden.

Zu § 10 Abs. 6a

Die Inanspruchnahme der Option gemäß § 10 Abs. 6a in Verbindung mit dem in § 10 Abs. 8 Ziffer 1 vorgesehenen Leistungspreis gemäß der Entwurfsfassung des Abs. 6a lässt leider die vom Gesetzgeber in § 73 Abs. 1 und 2 GWG geschaffene Flexibilisierung und deren Intentionen ins Leere laufen, weil dies bei einer Verdreifachung der Leistungs- und Arbeitspreise sowie einer Verdreifachung der Kosten aus der Mindestverrechnungsleistung keine Alternative darstellt.

Die Novelle sieht einen sehr hohen täglichen Leistungspreis und eine obligatorische ex-ante Festlegung auf eine Tarifierungsvariante (entweder täglich oder monatlich) für ein Jahr vor. Weil sich die Einsatztage pro Monat auf ein Jahr nicht seriös vorhersagen lassen, werden die meisten Kraftwerksbetreiber nicht für den Tagesleistungspreis optieren (können).

Das Risiko die tariflichen Mehrkosten in den Monaten mit einer hohen Anzahl von Einsatztagen in den übrigen Monaten mit geringerer Einsatzzeit ausgleichen zu können, ist für die Gaskraftwerke in der derzeitigen Situation nicht abschätzbar. Hier wäre eine Absenkung des Tagesleistungspreises auf ein Niveau erforderlich, das einen partiellen Kraftwerkseinsatz zumindest bis 15 Tage pro Monat wirtschaftlich sinnvoll macht.

Um unter Berücksichtigung aller Effekte eine ausreichende Flexibilisierung und insbesondere einen Mehreinsatz von Gaskraftwerken zu ermöglichen, ist jedenfalls eine Absenkung der in der Novelle angegebenen täglichen Leistungspreise erforderlich. Es ist sicherzustellen, dass auch bei Inanspruchnahme der Option täglicher Leistungspreise die Kostenbelastung annähernd gleich ist. Daher sollte eine Deckelung des täglichen Leistungspreises gegenüber der monatlichen Leistungspreisverrechnung erfolgen. Diese vorgeschlagene Änderung ergäbe gegenüber der bestehenden Regelung einen zusätzlichen Kraftwerkseinsatz.

Die vorgeschlagene Regelung gemäß § 10 Abs. 6a würde z.B. bei keinem Einsatz des Kraftwerkes zu einer Verdreifachung der Netzkosten führen. Auch im Fall der Einsetzbarkeit des Kraftwerks wäre ein Kostenvorteil des Tagesleistungspreises ab 5 Kraftwerksstarts pro Monat wiederum aufgehoben. Bei technisch bedingten Stillständen (z.B. Revisionen) kommt es ebenfalls zu erhöhten Kosten, die kaum mehr aufzuholen sind.

Zu § 10 Abs. 8 Z 1

Der Begutachtungsentwurf beinhaltet eine maßgebliche Erhöhung der Entgelte auf der Netzebene 2. Dadurch wird einerseits der bestehende Wettbewerbsnachteil für Gaskraftwerke noch größer als bisher, und andererseits ist auch die österreichweite Spreizung dieses Nachteils deutlich größer. Das könnte sogar zu einer möglichen Stilllegung der Kraftwerke auf dieser Netzebene führen.

Wir ersuchen daher um Überprüfung und Anpassung des Kostenwälzmechanismus aller Netzebenen, entsprechend § 83 Abs. 3 GWG. Ein Wegfall der Kraftwerke auf Netzebene 2 würde gravierende Nachteile für die Netznutzer ab Netzebene 3 haben und für diese zu erheblichen Mehrkosten führen. Weiters hätte dies negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die CO₂-Bilanz.

Die Verrechnung nach Tagesleistungspreisen gemäß § 10 Abs. 5 oder § 10 Abs. 6a soll keine Änderung der Arbeitspreise nach sich ziehen, d.h. die Differenzierung in der Tabelle sollte entfallen.

Die Tarifierung sollte so gestaltet sein, dass die Kostenbelastung in Tages- und Monatssystem annähernd gleich ist, und doch der Einsatz der berechtigten Anlagen im Tagessystem aber deutlich flexibler gestaltbar wird.

Mit den vorgeschlagenen Tarifen wird kein flexibler wirtschaftlicher Einsatz der Gaskraftwerke möglich sein und die Kosten des Gesamtsystems werden auf geringeren Gasbezug von weniger Marktteilnehmern umgelegt werden müssen. Das vorgegebene Ziel wird somit letztendlich verfehlt und die Steigerung der Versorgungssicherheit durch verfügbare, schnell reagierende Anlagen nicht erreicht.

Mit der Bitte um Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

DI Dr. Peter Layr
Präsident

Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin